

Zeitung: N  
Datum: 19.08.2006  
Autor: László Lengyel  
Überschrift: Raue Gegenrevolution

Übersetzt von: J.Süle

In den Ländern von Mitteleuropa, das im Frühjahr 2003 von Rumsfeld noch als „neues Europa“ bezeichnet wurde, finden seit dem Herbst 2005 raue Gegenrevolutionen statt. Es geht hier nicht um kommunistische oder Dritter-Weg-Restaurationen, sondern um nationalistische und/oder sozialpopulistische Wendungen. Während des Irakkrieges versuchte die erste Bush-Regierung eine interimäre amerikafreundliche politische Kette gegenüber den französischen, deutschen, russischen Großmächten, die gegen den Irakkrieg waren, aufzustellen. Zu wichtigen Gliedern dieser Kette von Großbritannien über Portugal und Spanien bis Italien sind die Länder Mitteleuropas, von Ungarn bis Rumänien, von Tschechien bis Polen und die baltischen Staaten geworden.

Die Länder „des neuen Europa“ hatten eine dynamische Wirtschaft, und sie konnten mit Recht zuversichtlich sein, dass die bevorstehende EU-Mitgliedschaft sowie eine aktive Unterstützung der Vereinigten Staaten ihren Schwung und ihre Sicherheit erhöhen werden. Die NATO-Mitglieder sind durch die NATO zum Tor der Europäischen Union gelangt, so konnten auch die anderen durch das Versprechen der NATO-Mitgliedschaft und des Beitritts zur EU für das Unterfangen gewonnen werden. Der Vertrag von Nizza im Jahr 2000 über das Weiterbestehen der Finanzstrukturen der EU, und später die Beitrittsverhandlungen im Dezember 2002 in Kopenhagen haben aber die Länder Mitteleuropas von der Großzügigkeit der europäischen Kernländer, des französisch-deutschen Machtbündnisses, nicht überzeugt. Die britische Initiative, wie das Land sich gegenüber den kontinentalen Großmächten an die Spitze der kleinen Länder gestellt hat, hat die atlantischen Emotionen erhöht. Die Mehrheit der Nationen war durch starke deutsch- und russenfeindliche Emotionen und aufrichtige Amerika-Freundschaft geprägt. Deshalb sind sie dem Weg, den die Vereinigten Staaten vorgegeben haben und der den nationalen Souveränismus, die Sicherheitsloyalität, Steuersenkungen, einen schlanken Staat und schnelleres Tempo auf dem Markt bzw. die konservativen Lebensformgrundsätze dem stockenden europäischen Integrationismus, dem unsicheren Wohlstandsstaat, den zulassenden liberalen Lebensformnormen auf der einen Seite und dem mit Risiken verbundenen, ein nationales Reich aufbauenden Putin-Russland auf der anderen Seite gegenübergestellt hat, gerne gefolgt. Sie haben Kraft und Aufstieg auf der einen und Schwäche und Verfall auf der anderen Seite gesehen. Einige dieser Länder, so auch die Ungarn und die Tschechen, haben sich zum Realismus von Churchill bekannt, der auf den Vorschlag von De Gaulle von 1944, zusammen gegen die Vereinigten Staaten aufzutreten, folgendes geantwortet hat: „Es ist besser dem Stärkeren zu folgen, als gegen ihn zu trotzen“. (*It is better to persuade the stronger than to go against them.*)

Aber zum Aufbau des „neuen Europa“ britischen-amerikanischen Typs fehlten die wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen. Die Länder der Region hängen aus der Sicht des Handels und der Investitionen von den europäischen Großmächten, aus der Sicht der Energetik von Russland ab. Die Vereinigten Staaten und Groß-

Britannien verfügen über keine Institutionen, über keine bestimmenden Beteiligungen in der Region, die gegen die Abhängigkeiten Selbständigkeit gewähren könnten. Die Regierungen haben für die Teilnahme am vor den Bevölkerungen sehr unpopulären Irak-Krieg nur wenige amerikanische Kompensationen erhalten. Sie haben die Abneigung des „alten Europa“ ausgelöst, sie sind aber in keine günstige, selbständige strategische Lage geraten. Ein Teil der Länder sind dem amerikanisch-britischen Weg weiter gefolgt und selbständige Aufgaben und dementsprechend Unterstützung in der Region gefordert (vor allem Polen), andere versuchten mit der Losung „mehr Amerika bedeutet nicht weniger Europa“ die Balance-Politik der gleichen Nähe und der gleichen Distanz (Ungarn und zum Teil auch Tschechien) umzusetzen.

Eine neue Situation ist entstanden, als die erste Bush-Administration in ihrer Endstrategie und die zweite Bush-Regierung in ihrer Eröffnungsstrategie sich nach und neben den früheren militärischen Operationen in der zweiten Hälfte von 2004 für die weltweite Operation der Demokratisierung der Schlüsselregionen, der demokratischen Wahlen und des Nationaufbaus entschieden hat. Die Unterstützung eines „zweiten 1989“, der „bunten Revolutionen“ im Nahen Osten und in Osteuropa (in der Region zwischen der Europäischen Union und Russland) im Kaukasus und in Zentralasien durch die USA hat zu einer neuen nationalen religiösen Welle geführt. Der amerikanische Traum basiert darauf, dass freie Wahlen funktionsfähige Demokratien schaffen und zu dieser friedlichen Unternehmung kann man die europäischen Mächte gewinnen. Die „bunten Revolutionen“ und die Wahlen haben zum Sieg des Juschenko-Timoschenko-Duos in der Ukraine, der schiitisch-kurdischen Mehrheit in Irak, zum Sieg des Hamas auf dem Autonomiegebiet in Palästina und zur Verstärkung des Hisbollah im Libanon geführt. Es erfolgte, worauf amerikanische und europäische Politiker und Experten bereits früher hingewiesen haben: demokratische Wahlen bringen nicht unbedingt den Sieg von Demokraten mit, und sie können unerwünschte politische Bewegungen und Politiker legitim machen. Die Ereignisse haben im Nahen Osten zum offenen Krieg, in Ostmitteleuropa zu rauen Gegenrevolutionen geführt.

Es hat sich bestätigt, dass die britisch-amerikanische Politik eine äußerst große militärische, politische und wirtschaftliche Leistung besitzt, ihre institutionelle Leistungsfähigkeit ist aber mangelhaft. Dem „atlantischen Europa“, das seit Anfang der 1960er mehrmals initiiert worden ist, konnte auch diesmal kein institutioneller Rahmen gegeben und eine langfristige Politik und nachhaltige Koordinierung geschaffen werden. Wieder einmal war das „europäische Europa“, das aus der Sicht der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit Rückstände hat, aber seine Institutionen ausbaut, erforderlich. Aber gerade dann kommen die dunklen Jahre der Europäischen Union: die gescheiterte Verfassung und das Drama des Haushaltes 2007-2013. Europa erlebt genau das, was es bereits von der Mitte der 60er bis Mitte der 80er einmal schon erlebt hat. Nationale Interessen vor allem. Nie Scheitern, aber überhaupt kein Gewinn. Anstrengungen und zivilisierter Verfall. Deutschland, Frankreich und Italien sind einfach unfähig, ihre internen Reformen durchzuführen.

Die europäischen Großmächte haben zu ihren historischen Wurzeln „zurückgefunden“. Schröder hat den Faden der *Ostpolitik* (Russlandpolitik) à la Brandt oder noch eher à la Schmidt mit Vladimir Putin aufgenommen, und er hat alles dafür getan, eine wirtschaftlich-energetische Zusammenarbeit mit Moskau als Antwort auf die Energiekrise anzufangen. Aufgrund der Kohl-Linie führt die Großkoalitionsregierung von Angela Merkel, nur vorsichtiger, ebenfalls diese Politik. Chiracs Neo-Gaullismus, dem er seit 2003 folgt, hat die Politik der *Détente* (Entspannung) und die

Auffassung gegenüber Russland verkündet, dass „Europa vom Atlantischen Ozean bis zum Ural reicht“. Diese Länder waren nicht bereit, ihre Politiken mit den Vereinigten Staaten oder mit der Europäischen Union abzustimmen. Sie gingen mit den „orangefarbenen Bewegungen“ im Ostmitteleuropa äußerst vorsichtig um, sie haben den Frieden mit der russischen Großmacht für wichtiger gehalten als die amerikanischen Träume über die Demokratisierung oder die polnischen Vorstellungen über die Befreiung. Aber was noch wichtiger ist: sie waren nicht bereit, die ostmitteleuropäischen oder die nahöstlichen Wenden zu finanzieren. Die Politik von Blair kehrt bei den Gesprächen über den EU-Haushalt zur shylockschen, späten Thatcher-Politik zurück. Und wir sehen, wie gern Putin die Politik der Sowjetunion erneuert und gnadenlos die Öl- und Gaswaffe gegen die „bunten Revolutionen“ einsetzt.

Der nationale Geist ist aus der Flasche ausgelassen worden. Das Ausbleiben des „europäischen Wunders“, die historischen Beleidigungen, die Ungleichheiten, die aus der vorangetriebenen Modernisierung erfolgen, der Zynismus und die Korruption der politischen Elite und die nationalen Träume der kleinen- und mittleren Mächte machen die rauen Gegenrevolutionen in Ostmitteleuropa reif. Die gleichgewichtslosen Nationen in Mittelosteuropa finden nicht zu sich und sie finden ihren Platz in der Europäischen Union nicht. Und sie haben nicht das Gefühl, und mit Recht, dass ihre ganze Gemeinschaft aufgenommen worden wäre. Die Existenzangst um die nationale Gemeinschaft hat wieder einmal die Sache der Freiheit und die der Gemeinschaft einander gegenübergestellt. *„Die Inbesitznahme der nationalen Gemeinschaft und die Befreiung des Menschen verknüpfen sich nicht miteinander, ganz im Gegenteil: diese Nationen haben historische Augenblicke erlebt, die scheinbar gezeigt haben, dass der Zusammenbruch der bedrückenden politischen und gesellschaftlichen Machthaber der Vergangenheit und die Verpflichtung zur Demokratie bis zur letzten Konsequenz die nationale Gemeinschaft schweren Risiken sogar Katastrophen aussetzen. Aus dieser Erschütterung entsteht der furchtbarste Monster der modernen europäischen politischen Entwicklung: der antidemokratische Nationalismus.“* – schreibt István Bibó. Ohne Blut, aber gnadenlos kommen die Barbaren an. Barbaren, die im anderen, und Barbaren, die in uns stecken.

In Polen sitzen europa- und globalisierungsfeindliche, nationalistische und lebensformkonservative Kräfte in der Regierung. Polen ist wieder einmal in einen Seelenzustand geraten, der sagt, Europa hätte Polen gegenüber Schulden zu begleichen. In Tschechien ist es fast unmöglich, substantielle Regierungsarbeit zu machen, die europafreundlichen Reformkräfte sind in die Minderheit geraten. In Litauen ist die Regierungskoalition, die seit längerer Zeit an der Macht war, zum Teil wegen Korruptionsskandale, zum Teil wegen der Verschiebung des Datums des Beitritts zur Eurozone gescheitert. In Rumänien führen die Demokraten und die Liberalen einen obskuren Kampf gegeneinander, und in Serbien bekämpfen nationalistische Parteien noch nationalistischere Gruppen. In der Slowakei ist eine extreme sozialpopulistische, nationalistische Regierung aufgestellt worden. In der Ukraine ist die suspekten, amerikafreundliche orange Timoschenko-Regierung gescheitert, damit sie ihren Platz für die noch suspekttere von Russland und Europa unterstützte Janukowitsch-Moros-Koalition räumt. Man kann noch nicht wissen, was von den Reformen und den Freiheitsrechten weggenommen wird.

Seit 2000 haben zunächst die nationalistisch-populistischen, dann die sozialpopulistischen Wirtschaftspolitiken in Ungarn den Sieg errungen. Während die

Slowakei und die baltischen Staaten eine aufholende radikale Reformpolitik eingeleitet und Polen und Tschechien eine neue Öffnung gewagt haben, hat Ungarn seit 1997 keine einzige Reform durchgeführt. Die Ironie der Situation besteht gerade darin, dass während alle Reformregierungen der Region, die eine Initiative ergriffen haben, gescheitert sind, hat allein die ungarische Regierung auch ein zweites Mal eine Ermächtigung von den Wählern bekommen. Wir haben nicht wie die anderen, den antidemokratischen Nationalismus gewählt.

Im Sommer 2006 hatten wir eine riesige Chance, dass Amerika und Europa Ungarn wieder als führendes Reformland bewertet, wenn wir ein glaubwürdiges Paket und Reformvorstellungen vorlegen. Dann hätte Bush aus Ungarn her der Welt mitgeteilt: Ungarn hat nicht nur 1956 etwas Großes getan, sondern dieses Land ist auch jetzt in der Lage, wichtige Schritte zu tun. Dann hätte Bundeskanzlerin Merkel das ungarische Paket und Reformen begrüßt und als Beispiel für Deutschland und Europa erwähnt. Dann hätte die Europäische Kommission unter Barroso das ungarische Programm, die europa- und welt-freundlichen Reformen vor den Polen, Slowaken, Rumänen und Bulgaren bekräftigt. Dann hätten wir uns den Gemeinschaftshysterien, den übertriebenen Selbstdokumentation und der internen Unsicherheit, der überdimensionierten nationalen Eitelkeit und plötzlichen Unterwürfigkeit, der ständigen Wiederholung der Leistungen und der auffälligen Minderung des wahren Wertes der Leistungen, den moralischen Ansprüchen und der moralischen Verantwortungslosigkeit entziehen können“. Dann wäre ein „gesundes Gleichgewicht zwischen dem *Wahrhaftigen*, dem *Möglichen* und dem *Wünschenswerten* entstanden“. Dann wären wir gerecht, nicht nur wahr gewesen. Dann...